

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Beilagen:

„Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlags- und Druckerei: ...
Verlag: ...
Druck: ...

Verhindert die Sprengung der Einheitsfront!

Arbeiter! Klassengenossen!

Vom Tage

Der Parteivorstand der SPD, und der Bundesvorstand des ADGB, haben eine Offensive gegen die sich bildende Einheitsfront des Profetariats begonnen.

Welche Instanzen beschuldigen die Kommunistische Partei der „Dolchstoßtaktik“, der „Zersplitterungsarbeit im Kampf ums Volksbegehren“? Der Bundesvorstand des ADGB, beschuldigt die Kommunistische Partei, „wilde Streikpropaganda mit Hilfe der Gewerkschaften“ zu betreiben.

Wie liegen die Dinge?

In der zentralen Verhandlung zwischen KPD, SPD, ADGB, und Ausschuss über die Durchführung des Volksbegehrens für die entscheidungslose Entgegnung der Fürstentümer wurde vereinbart, daß die Selbständigkeit jeder Organisation in der Durchführung der Kampagne gewahrt bleibt.

Dieser Beschluß ist eine Selbstverleugung, denn keine Partei, keine Organisation wird das Recht, selbständige Veranstaltungen zu treffen, aufgeben.

Aber schließt dieses selbständige Recht jeder Organisation etwa die Möglichkeit aus, gemeinsame Aktionen, gemeinsame Demonstrationen, gemeinsame Maßnahmen zur Durchführung dieser und anderer Forderungen im Interesse der werktätigen Schichten zu unternehmen?

Jeder Arbeiter wird darauf mit einem Nein antworten.

Jeder Arbeiter wird zugeben müssen, daß gerade in der heutigen Zeit die zwingende Notwendigkeit vorliegt, über den Rahmen einer Partei hinaus

Die gesamte Arbeiterklasse zu einheitlichen Kraftanstrengungen zusammenzufassen

Die arbeitenden Massen selbst beginnen, dies zu erkennen. In zahlreichen Orten und Städten sind Einheits- und Aktionskomitees gebildet worden.

Bedeutet diese Komitees eine Schwächung der Arbeiterbewegung, wie der Bundesvorstand des ADGB, es behauptet? Jeder Arbeiter wird mit uns antworten: Das Gegenteil ist der Fall. Aus der gemeinsamen Arbeit von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern wird sich eine große Stärkung, vor allem der Gewerkschaftsbewegung, ergeben.

Denn die Komitees werden sich nicht auf die Durchführung des Volksbegehrens beschränken, sondern sie werden in gemeinsamer erstarrter Arbeit Millionen von Klassengenossen, den Gewerkschaften als Mitglieder zuführen.

Eine solche Arbeit wird die Durchführung der großen Wirtschaftskämpfe nicht erschweren, sondern erst ermöglichen.

Überall legt der Lohndruck der Unternehmer ein

Überall wird die große Wirtschaftskrise von den Unternehmern dazu benutzt, um die Ausbeutungsmethoden zu verschärfen, die hungernden Arbeitslosen als Lohndrücker zu verwenden, den mangelnden Kampfwillen der Gewerkschaftsleitungen zum Schaden der Arbeiterklasse auszunutzen.

Die Kommunistische Partei erklärt vor der gesamten Arbeiterklasse: Wir wollen keine wilden Streiks!

Wir wollen den organisierten, machtvollen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Unternehmerröhrigkeit

Wir wollen aber verhindern, daß die Unternehmer ihre Absichten durchsetzen können. Darum darf es keine Arbeitsgemeinschaft mit der kapitalistischen Klasse geben.

Der Bundesvorstand des ADGB, hat kein Recht, der Kommunistischen Partei Zersplitterungsarbeit vorzuwerfen. Die Kommunistische Partei in Rheinland-Westfalen war es, die sich an die Gewerkschaften gewandt hat mit dem Vorschlag, eine einheitliche Aktion der Industriearbeiter des Gebietes herbeizuführen, da die Unternehmer heute schon mit brutaler Offenheit eine Reduzierung der Löhne von 20 und 25 Prozent verlangen.

Der Bundesvorstand des ADGB, hat vielmehr die Pflicht — besonders nach den Erfahrungen seit 1918 —, die Leitung des Berg-

arbeiterverbandes zur Ordnung zu rufen, die im gegenwärtigen Moment über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mit den Grundbesitzern verhandelt.

Die deutsche Arbeiterklasse muß und wird begreifen, daß

nur der Weg, den die KPD zeigt, aus dem Gland der Gegenwart führen kann

Es ist der Weg, den die englischen Gewerkschaften im vergangenen Jahre gegangen sind, als sie den Angriff der Grundbesitzer auf die Gewerkschaften durch die einheitliche Aktion des Generalrates der britischen Gewerkschaften.

Der Bundesvorstand des ADGB, muß diesen Weg beschreiten! Das wird immer härter, millionenfach, auch der Auf der sozialdemokratischen Arbeiter werden. Die kommunistische Partei wird in diesen beginnenden großen Kämpfen ihre Pflicht tun.

Es muß verhindert werden, daß ein Gegensatz zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen geschaffen wird. Der gemeinsame Kampf aller Arbeiter wird dies verhindern. Die Arbeitslosen und Kurzarbeiter müssen ausreichend unterstützt, müssen wieder in den Produktionsapparat eingereicht werden.

Neben der Vorbereitung dieser großen Kämpfe stehen vor der deutschen Arbeiterklasse andere wichtige Aufgaben.

Warum soll eine Regierung Luther auch nur einen Tag länger leben?

Handelt es sich nicht täglich gegen die Interessen der werktätigen Massen? Ist sie nicht, wie die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ selbst sagte, eine Regierung des Groß-Bürgerblods?

Jeder sozialdemokratische Arbeiter, jedes Mitglied der Gewerkschaften wird mit uns der Meinung sein:

Diese Regierung muß gestürzt werden, der Reichstag muß aufgelöst und Neuwahlen erzwungen werden!

Die sozialdemokratischen Führer aber wollen immer noch die Große Koalition. Darum haben sie durch Stimmenthaltung im Reichstag der Regierung das Leben ermöglicht und die Verantwortung für die Taten ihrer Regierung übernommen.

Wie im Reich, so ist es in den Ländern. Wenn sich die werktätigen Massen die Hand reichen, können die reaktionären Regierungen in Sachsen, Thüringen, in Mecklenburg, kann der Koalitionsrat in Hamburg gesprengt und beseitigt werden.

Was sehen wir jedoch? Der Landesparteitag der SPD, in Sachsen hat die Auflösung des Landtags beschlossen. Aber die sozialdemokratischen Minister pfeifen auf den Willen der Arbeiter, auf den Willen der Mitglieder ihrer eigenen Partei. Diese rechte Führerrolle ist auf Leben und Tod mit der Bourgeoisie verbunden, und nur, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter mit eiserner Entschlossenheit den Kampf gemeinsam mit uns aufnehmen, wird der Weg frei werden für einen neuen Aufstieg der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung.

Darum rufen wir allen Arbeitern zu:

Duldet keine Verheugung der Arbeiterklasse durch bürgerliche Führer!

Reicht uns die Hand zum gemeinsamen Kampf gegen Lohndruck und Arbeitslosigkeit!

Schafft das gemeinsame Vorgehen der Gewerkschaften im Kampf gegen das Unternehmertum!

Kämpft für die Enteignung der Fürstentümer!

Kämpft gegen die Lutherregierung, für die Auflösung des Reichstages und für Neuwahlen!

In der heutigen Reichstags-Sitzung wird Reichsaußenminister Stresemann auf die Frage des Reichs-Ministers, in der er mit Ueberschreitung der Brenner-Grenze droht, antworten.

Unterberufungskonferenzen der R. B. Bayern wurden in den letzten Tagen fast sämtlich entweder im vornherein verboten oder von der Polizei ausgenommen, obwohl auf ihrer Tagesordnung nur die Frage des Volksentscheides stand.

Der Polizeiwachmeister und Reichsbannermann Reike, der bei einem Zusammenstoß in Durlach, B. einen Polizisten erschossen hatte, wurde jetzt zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Am Sonntagabend sind zwei für das „betrübte“ Rheinland bestimmte Hundertschaften der Berliner Schupo abgegangen. Vereinzelt weitere Hundertschaften stehen ebensfalls zur Reise bereit.

Die Aufstandsbewegung im Sudan ist durch englische Truppen und Flugzeuge mit Wurfbomben unterdrückt worden.

Der chinesische Marschall Wu Pei fu hat eine Erklärung gegen den General Feng als „heimlichen Verbündeten der Bolschewiken“ erlassen.

Der Bundesauschuss des ADGB zur Fürstenabfindung

(Fig. Draht.) Berlin, 9. Februar.

Gestern fand eine Sitzung des Bundesauschusses des ADGB, unter Vorsitz von Brahmman statt. Er nahm Stellung zu dem Volksbegehren und dem Volksentscheid und hielt die bereits eingeleiteten Schritte und das Zusammengehen des ADGB, der SPD und KPD, für gut. Jedoch betonte er, daß bei der Abfindung über den Volksentscheid es Sache der politischen Parteien und nicht der Gewerkschaften sein wird, für die nötige Aufstellung der Massen Sorge zu tragen. In einer Resolution wird gesagt, der ADGB, wolle sich mit allen Kräften einsetzen, um das Volksbegehren zu einer machtvollen Rundgebung zu gestalten. Es sei von jedem Pflicht aller Gewerkschaften und Gewerkschaftsmitglieder, sich für entscheidungslose Entgegnung der Fürsten einzusetzen.

Sozialdemokratische Störungsversuche

(Fig. Draht.) Berlin, 9. Februar.

Die Abendausgabe des „Vorwärts“ bezeichnet die Kritik der „Roten Fahne“ über die Absicht der SPD, im Reichstag das Fürstentum zu „verbessern“, als einen „Lohndruckanstreben“. Der „Vorwärts“ schreibt: „Dieser Lohndruckanstreben ist begründet; denn alles, was auf solchen abzielt, durchkreuzt die Dolchstoßtaktik der KPD. Die SPD will auf allen Wegen den Fürsten zu Leibe gehen? Das ist Verrat! Mit diesem unheimlichen Geschrei zeigen die Kommunisten nur, daß es ihnen nicht auf den tatsächlichen Erfolg, sondern nur auf parteipolitischen Mandat ankommt.“ — Also nicht der Volksentscheid, sondern eine Verbesserung des kapitalistischen Kompromißgeschäftes ist nach dem „Vorwärts“ der Weg zum tatsächlichen Erfolg!

Im heutigen „Vorwärts“ wird ferner ein Artikel veröffentlicht, in dem der Parteivorstand der SPD, zu dem Volksbegehren und Volksentscheid in der Frage der Fürstenabfindung Stellung nimmt. Aus dem Artikel spricht die Tendenz, von dem dem Parteivorstand unangenehmen Zusammengehen mit der KPD, abzuwenden zu wollen. Es wird versucht, den Nachweis zu führen, daß die SPD, sich vor der KPD, für die Enteignung der Fürsten eingelassen habe. Das Zusammengehen der SPD-Arbeiter mit den KPD-Arbeitern verübt der „Vorwärts“ zu verhindern und betont, daß jede der Parteien die mit dem Volksbegehren und Volksentscheid zusammenhängende Arbeit und Agitation selbständig vorzunehmen habe. Unter anderem wird in dem Artikel gesagt ein gemeinsames Zusammengehen mit der KPD, sei schon deshalb abzulehnen, weil während der Dauer und Durchführung des Volksbegehrens und Volksentscheides die Parteien auch zu verschiedenen außen- und innenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen gezwungen sein werden, in denen die KPD, im schärfsten Gegensatz zur SPD, stehe.

Nach die „depossezierten“ Fürsten und Standesherrn melden ihre Ansprüche an

Renten für den Verkauf der Landeslinder vor 150 Jahren für aufgehobene Leibeigenschaft, Blutzehnten und Zehnenabgaben, sowie für „ehelichen Freunden“ vor 100 Jahren!

Im „Berliner Tageblatt“ behandelt Dr. Ernst Feder eingehend die Rentenforderungen der sogenannten „depossezierten Fürsten“. Diese sieben Fürsten sind schon in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts (!) durch das zur Vormacht stehende preussische Königtum abgesetzt und ihr Land zu Preußen geschlagen worden. Diese Fürsten fordern an jährlichen Renten:

- Alexander Friedrich Landgraf von Hessen (Kumpfenheim) 612 000 Mark;
- Friedrich Karl Prinz von Hessen (Kumpfenheim) 98 000 Mark;
- Ernst Eugen, Landgraf von Hessen-Philippsthal-Barchfeld 150 000 Mark;
- Albert Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg 181 000 Mark;
- Friedrich Ferdinand Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg 195 000 Mark;
- Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen 75 000 Mark.

Diese Renten wurden bis 1923 prompt bezahlt. Gegenwärtig erhalten die „Fürsten“ bis zur endgültigen Regelung 30 Prozent ihrer Forderung als Abschlagsrente. Die fürstlichen Volksausleger wollen natürlich volle Aufwertung haben.

Interessant sind die „Rechtsgründe“, welche zu den Ansprüchen der heillosen Fürsten führen. Als vor 150 Jahren der regierende Fürst von Hessen seine Landeslinder den Engländern als Kanonenfutter gegen die um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Amerikaner verschacherte, erhielt er dafür Riesensummen bezahlt. Später wurde dieser Schab geteilt und die Hälfte an das Land und die andere Hälfte dem Fürstentum gegeben. Als Preußen 1866 Kurhessen annectierte und die regierende Dynastie absetzte, nahm sie auch den Thronschab an sich, weil er nach Preußens Auffassung nur zur Bestreitung der Repräsentationskosten den regierenden Fürsten gehörte. Zur Entschädigung wurde dem Fürstentum eine Rente zugesprochen.

Als das kurfürstliche Haus in den siebziger Jahren starb, schloß Preußen einen zweiten Vertrag mit der Linie Hessen-Kumpfenheim, die zur Thronfolge und damit auch zum Thronschab gelangt wäre, wenn (!) die ausgestorbene Linie noch Throninhaberin gewesen wäre. Dafür fordert das Haus Kumpfenheim noch bis heute jährlich 612 000 Mark aus dem Gelde der preussischen Steuerzahler. Der jüngere Bruder des Kumpfenheimer Landgrafen forderte ebenfalls eine jährliche Rente von 98 000 Mark, die ihm Wilhelm I. seinerzeit bewilligt hatte.

Die Ansprüche der Landgrafen von Hessen-Philippsthal beruhen auf einem dritten Vertrag, den Preußen mit den übrigen Agnaten Hessens geschlossen hatte, und zwar auf eine Jahresrente von 300 000 Mark. Die beiden Philippsthaler Linien sind gegenwärtig in einem heftigen Streit, weil der geldgierige Chlodwig-Mexis den bürgerlichen Erben von Ernst Eugen, die seine Halbgeschwister (!) aus einer morgantischen Ehe seines Vaters sind, die zweiten 150 000 Mark abgaubern will.

Die Ansprüche der beiden Schleswig-Holsteiner Herzöge beruhen darauf, daß die ehemalige Kaiserin Auguste Viktoria mit der Linie Sonderburg-Augustenburg verwandt war und aus dynastischen Familiengründen die beiden Herzoginnen überweisen ließ, da die Herzöge bis 1854 (!) von Dänemark eine jährliche, sehr bedeutende Unterstützung bezogen haben.

Die 75 000 Mark Rente für den sehr reichen Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen beruht auf einem schon formell ungültigen Vertrag aus dem Jahre 1849, den seinerzeit der Hohenzollernsche Landtag nicht zustimmte.

„Standesherrn“

Nach noch andere Standesherrn marschieren auf. Ihr Name und ihre Forderungen sehen so aus:

- Otto Fürst zu Salm-Horstmar 60 000 Mark
- Nikolaus Leopold Fürst zu Salm-Salm 58 150 Mark
- Sergo von Cron zu Dalmen 18 000 Mark
- Fürst zu Sann-Wittgenstein-Hohenstein 22 500 Mark
- Fürst zu Sann-Wittgenstein-Berleburg 46 200 Mark
- Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich 7 867 Mark
- Engelbert Maria Herzog von Arenberg 40 500 Mark
- Fürst zu Wied 46 500 Mark
- Gustav Graf zu Alt-Leiningen-Westerburg 20 300 Mark
- Fürst zu Bentheim-Steinfurt 1 500 Mark
- Die Töchter der Gräfin Reichenbach-Lessonitz 36 800 Mark

Diese Herren leiten ihre Ansprüche aus dem Wiener Bundesakt von 1815 (!) her, wo ihnen zwar die Staatshoheit genommen wurde, ihnen aber durch finanzielle Sonderrechte weitgehende Zugeständnisse gemacht wurden. Auf solche Weise fordern die „Depossezierten“

etwa 2 Millionen Mark jährlich an Renten auf Kosten des stoltschenden Volkes. Ihre Rechtsgründe sind mehr als lächerlich.

Drauf sind z. B. die Ansprüche der Töchter der Gräfin Reichenbach-Lessonitz. Der Kurfürst Wilhelm I. von Preußen kaufte (!) bei dem Bankhaus Rothschild den standesherrlichen Rentenanspruch der Fürstinnen zu Wied-Runkel, die wie irgendein Börsepapier gehandelt wurden. Der Kurfürst schenkte dieses Rentenpapier der Gräfin Emilie von Reichenbach-Lessonitz, zu der er in galanten Beziehungen stand, nach eigener Angabe als Geschenk für die ihm von der Gräfin in ehelicher Gemeinschaft gespendeten „ehelichen Freunden“. Das war im Jahre 1829! Dafür werden jetzt — hundert Jahre später — noch Rentenansprüche von den Nachkommen der „Gräfinnsprachen“ erhoben.

Neben diesen Ansprüchen der depossezierten Fürsten und Standesherrn melden noch zahlreiche Grafen, Freiherrn, Barone, kleinere Fürsten ihre Ansprüche für verloren gegangene feudale Erbschaft in kleineren Summen an. Unter den erblichen und feudalen Rechten sind Staatsfröhden, Jagdfröhden, gütserliche Fröhden, Zehnenabgabe, Einzugs-gelder, Brauthühner, und Brauthäfer, Tanzergeld und

Das Jahreseinkommen von 1500 000 Arbeitern

die bei elenden Löhnen und langer Arbeitszeit hungern zu Tausenden arbeitslos auf der Straße liegen.

fordern die Fürsten

mit ihren Abfindungsansprüchen, die sich auf drei Milliarden belaufen!

Enteignung Volksrenten durch die Antwort!

dieses Räuberpacks durch

ähnliche mittelalterliche Frohnabgaben des ausgebeuteten Volkes an die abligen Raubritter.

Es ist kein Witz: tatsächlich saß der preussische Staat an die „Reinen“ unter seinen großen Herren heute noch jährlich über 200 000 Mark als Währung für seine vorläufigen mittelalterlichen Rechte.

Nur der Volkssensibilität auf enteignungslosige Enteignung der großen und kleinen Fürsten, wird das Volksteil über diese Raubritter und Volksausleger fallen.

Wie Fürstenvermögen zusammen-gehothen wurden!

Die erbliche Kaffier im Hause Coburg-Gotha

In der „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich der bekannte Professor Dr. Karger, Mitglied des Thüringischen Landtages, mit der Denkschrift über den Stand der Kurfürstlichen Landeslinder mit den thüringischen Fürstentümern, die vom Finanzminister Dr. von Rühl zusammengehothen wurden. Der deutsche nationale Kaffier, am besten charakterisiert durch seine Behauptung, nicht durch die Ansprüche der „Landesväter“, sondern durch die kommunistischen Entzählungen darüber, sei Thüringen an den Rand des Bankrotts geraten, stellt als treuer Diener der Republik fest, daß das Ernst-Albert-Fideikommiß von ungeheurer Wert durch seinen Bestand an herrlichen Forsten, „als reines Privateigentum des Herzogshauses zu betrachten sei“.

Die Enteignung dieses „Privateigentums“ bezeichnet Karger als Schulbeispiel eines vom Staat erschlichenen Fürstenbesitzes. Der Ausdruck ist fast zu schwach, wenn man sich folgendes vor Augen hält:

Das Ernst-Albert-Fideikommiß wurde 1825 vom Herzog Ernst I. von Coburg-Saalfeld gegründet, auf eine Weise, die selbst seinen Aeselen nicht ganz salonfähig erschien. Trotzdem sich nämlich seine Gattin Luise, die Tochter des vorzietigen Herzogs von Gotha, wegen seiner standesblöden Lebensführung von ihm getrennt hatte, und später scheiden ließ, zwang er sie, ihre Ansprüche an den Nachlaß des letzten Gothaer Herzogs an seine beiden Söhne Ernst und Albert abzutreten. Es hörte den raffgierigen Ernst I., der nebenbei auf dem Wiener Kongress für „Kriegsdienste“ sich das Herzogtum Sächsenberg ergattert und seinem „Privateigentum“ zugeführt hatte, nicht im mindesten, daß vor anderen Erben des Gothaer Herzogs nachgewiesen wurde, daß sein vom Staatsbesitz unabhängiger (Modial-Privat-) Nachlaß vorliege. Er schloß vielmehr einen Vertrag, in dem er sich aus dem (nicht vorhandenen) Privatnachlaß der ausgestorbenen Gothaer Linie eine Jahresrente von nur 50 000 Gulden sicherte, die der Gothaer Staat von 1826 bis 1849 erst ihm und später seinen Söhnen auszahlen mußte. Erst 1849 bedachte der Gothaer Landtag diese unerhörte Sache auf und strich die Rente.

Die Landesväter, altio oder inaktiv, waren aber schon damals mit dem Projizieren fix bei der Hand. Der Sohn des Kaffiers Ernst I., „Prinzgemahl“ der „großen“ Königin Viktoria von England, Albert, strengte einen Prozeß auf Weiterzahlung der Rente gegen den Gothaer Fiskus an. Nach langem Suchen fand er in Heidelberg, auch eine juristische Fakultät, die ein günstiges Rechtsgutachten abgab. Mit dem Gutachten in der Tasche erzwang der zum Engländer gewordene Albert von seinen früheren „Landesväter“ ein Abkommen, das als Gegenwert für die kapitalisierte Rente 3900 Hektar der schönsten Forstbestände um Friedrichroda an die Coburger auslieferte.

Das Beispiel sollte wirklich lehren, daß das Schidial großer Teile des deutschen Volksvermögens nicht noch einmal in die Hände gefälliger Richter gelegt werden darf. Man darf die Auseinandersetzung mit den Fürsten nicht darauf beschränken, sich bloß gegen die letzten Er-gännungsversuche zur Wehr zu setzen. Gestohlen bleibt gestohlen: es wäre mehr als absurd, das heilige „Privateigentum“ der Fürsten nur deshalb nicht anzutasten, weil die Diebe des erpreßte Volksgut durch die Innehaltung der politischen Macht sich zu „erlösen“ in der Lage waren!

Einem „Linksblod“ in England zu

Von R. Palme Dutt.
(Schluß)

Bürgerliche Spekulationen auf einen Linksblod.

Bürgerliche Stimmen sprechen offen von der Wahrscheinlichkeit irgendeiner Form eines Linksblods oder einer Koalitionsregierung (formell oder nicht formell), an der die Arbeiterpartei — vom Kommunismus und von allen unerwünschten Elementen gehörig gereinigt — beteiligt sein wird. Diese Erwartung leht die Niederlage des Kommunismus innerhalb der Arbeiterschaft voraus. Dies kommt auch in der konservativen Presse, wie im „Spectator“ und der „Times“, zum Ausdruck. Was liegt dieser Berechnung zugrunde?

Die allgemeine Lage ist klar. Die stürmischen Fortschritte der Arbeiterpartei in den Nachkriegsjahren — eine Wider-spiegelung der stattfindenden revolutionären Veränderungen — haben die Liberale Partei in England ebenso wie in anderen Ländern vernichtet. Aber die Rolle des Liberalismus ist von wesentlicher Bedeutung für den Kapitalismus. Es stellte sich daher das Problem des Wiederaufbaues der Liberalen Partei. Da wenig Aussicht bestand, die auseinandergefallenen Heberreste der alten Liberalen Partei zusammenzuführen, wurde es zur Aufgabe, die neue Arbeiterpartei zu durchdringen und sie für die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung zu gewinnen.

Der erste Versuch in diesem Sinne war der mit der Arbeiterparteiregierung des Jahres 1924, ein Versuch, den die Bourgeoisie in für sie ungefährlicher Weise, unter eigener Kontrolle, machte. Der Versuch bewies aber, daß die Arbeiterpartei noch nicht „regierungsfähig“ war, das heißt, daß trotz der Bereitschaft der Führer des rechten Flügels der unmittelbare Einfluß der Arbeiterklasse in der Arbeiterpartei noch „gefährliche Abweichungen“ in der Politik hervorzurufen konnte. Es war daher eine „Reinigung“ der Arbeiterpartei notwendig, wenn sie jemals wieder zur Regierung gelangen sollte.

Das gegenwärtige Stadium der bürgerlichen Politik ist daher in doppelter Hinsicht charakteristisch: Einerseits ist die direkte Feindschaft gegen die revolutionären Elemente gerichtet, gegen den linken Flügel und vor allem gegen die kommunistische Partei; andererseits wird der Versuch gemacht, die Arbeiterpartei zu wahren, d. h. Führer des rechten Flügels mit dem Angebote von

Regierungsstellen näher an sich heranzuziehen und den Weg für eine „demokratische“ Koalition gegen die Arbeiterklasse vorzubereiten, wodurch die Liberale Partei tatsächlich wiederbelebt werden soll, soweit es die geänderten Verhältnisse gestatten.

Die Liberalen Koalitionsangebote an den rechten Flügel der Arbeiterpartei sind daher ein ebenso unmittelbarer Teil der kapitalistischen Offensive gegen die Arbeiterklasse wie die konservativen Kommunistenverfolgungen.

Der Kampf innerhalb der Arbeiterpartei!

Die Berechnungen der Bürgerlichen lassen jedoch einen Faktor außer Betracht: die Arbeiterklasse. Es ist eine Sache, die rechten Führer der Arbeiterpartei, wie Clynes, Thomas und Henderson, in die Hand zu bekommen und sogar den Apparat des Parteitag der Arbeiterpartei in die Hand zu bekommen; es ist aber eine andere Sache, die Arbeiterpartei im ganzen Lande in die Hand zu bekommen.

Die Arbeiterpartei ist keine homogene sozialdemokratische Partei. Sie hat einen Generalkstab, der immer mehr und mehr zu einer festen sozialdemokratischen Gruppe wird, wie jede andere Sektion der 2. Internationale. Die Arbeiterpartei als Ganzes aber spiegelt noch ungefähre die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterbewegung wider. Es ist daher die Politik der Zerstörung der Klassengrundlage, die das Wesen der Koalitionspolitik ist und die im Programme von Liverpool und im Ausschluß der Kommunisten zum Ausdruck gelangt, nicht so leicht durchzuführen.

Gegen die auf dem Parteitage in Liverpool angenommene Politik der Annäherung an den Liberalismus hat sich sofort in der gesamten Arbeiterpartei Widerspruch gesetzt. Die Stärke dieser Opposition zeigt sich in einer Anzahl von Tatsachen:

Erstens darin, daß kein einziger Führer des rechten Flügels es gewagt hat, öffentlich etwas anderes zum Ausdruck zu bringen als eine völlige Zurückweisung jeglicher Möglichkeit eines Zusammenwirkens oder einer Verständigung mit der Liberalen Partei, obgleich es offenkundig ist, daß viele persönlich diese Möglichkeit ins Auge faßten.

Zweitens darin, daß die Unabhängige Arbeiterpartei, die das Organ des reformistischen parlamentarischen Sozialismus ist und in der Arbeiterpartei dem Namen nach die Führung hat, anfangs 1926 mit einer Rundreise heraustrat, die darauf An-

spruch macht, den „linken Flügel“ im Gegensatz zur Politik des „Gradualismus“ (stufenweise Entwicklung) und der MacDonald-Führung zum Ausdruck zu bringen. Die Rundgebung hat natürlich nichts mit Klassenkampf zu tun, doch ist zwischen der offiziellen Unabhängigen Arbeiterpartei und MacDonald ein Gegensatz entstanden.

Drittens darin, daß der Beschluß des Parteitages von Liverpool auf Ausschluß der Kommunisten dank dem Widerstande der Mitgliedschaft in der Praxis Schiffbruch erlitten hat. Mehr als hundert Ortsgruppen der Arbeiterpartei haben sich geweigert, die Kommunisten aus ihrer Mitte auszuschließen. Dies ist eine so große Anzahl, da kein Ausschluß dieser Ortsgruppen in der Tat eine Spaltung der Arbeiterpartei vor oben bis unten bedeuten würde.

Die Führer des rechten Flügels bereiten die Politik einer Arbeiter-Minderheitsregierung vor, das heißt in der Tat einer Koalitionsregierung mit dem Kapitalismus. Der gesamte Parteitag von Liverpool war eine Vorbereitung dazu.

Andererseits verlangen die Massen über Arbeiterpartei immer dringender weniger Kompromisse mit dem Kapitalismus, vielmehr eine Politik des „Sozialismus“, eine Politik der Unabhängigkeit und der Einheitsfront der Arbeiterklasse.

Die Teilung innerhalb der Arbeiterpartei ist noch unklar und hat noch nicht ihren Höhepunkt erreicht, weil alle Seiten nach außen hin in dem Bemühen vereinigt sind, eine absolute Parlamentsmehrheit zu gewinnen.

Wenn aber bei den nächsten Wahlen angenommen, daß die Entwicklung des aus der Industriekrise erwachsenden Klassenkampfes nicht vorher außerordentlich hat die Arbeiterpartei nicht eine absolute Parlamentsmehrheit erringen hat, dann wird die Kernfrage sofort akut treten. Aber auch die außerordentlich unwahrscheinliche Erringung einer absoluten Parlamentsmehrheit würde die Frage in einer noch schärferen Form aufwerfen.

Die Massen der Arbeiterpartei werden zwischen der Politik der Minderheits- oder Koalitionsregierung der Arbeiterpartei, also der Politik ohnmächtigen Zusammenwirkens mit dem Kapitalismus und der Politik des Klassenkampfes zu wählen haben. Die Frage der Minderheitsregierung der Arbeiterpartei und des Ausschlusses der Kommunisten ist in der Tat der Kampf des Liberalismus und des Kommunismus um die Hauptverantwortung über der Arbeiterklasse.

Selber Arbeiterpoker meist es ihr Glanzburg und Guiter und ihre Wollst einstreuen?

Der Reichsverband Glanzburg... Die Arbeiterpoker meist es ihr Glanzburg und Guiter und ihre Wollst einstreuen?

Am die Bezirksvorsitzenden und Bezirksparlamentarier... Am die Bezirksvorsitzenden und Bezirksparlamentarier...

Arbeiter-Restaurant für Sport und Körperpflege Breslau gibt bekannt... Arbeiter-Restaurant für Sport und Körperpflege Breslau gibt bekannt...

Abend: Kartelldelegierte! Sonnabend den 13. Februar... Abend: Kartelldelegierte! Sonnabend den 13. Februar...

Breslau, Falke 1. Jgd. - Stern 1. Jgd. 2:1 (1:0).... Breslau, Falke 1. Jgd. - Stern 1. Jgd. 2:1 (1:0).

„Eiche“ Münsterberg - Falke Neulitz 1:4 0:1... „Eiche“ Münsterberg - Falke Neulitz 1:4 0:1.

S. C. Eichenlaub 1910. Mittwoch den 10. Februar... S. C. Eichenlaub 1910. Mittwoch den 10. Februar...

Der Reichsverband Glanzburg... Der Reichsverband Glanzburg...

Jahresversammlung des S. C. Eichenlaub 1910... Jahresversammlung des S. C. Eichenlaub 1910.

Arbeiter-Restaurant für Sport und Körperpflege Breslau... Arbeiter-Restaurant für Sport und Körperpflege Breslau...

Abend: Kartelldelegierte! Sonnabend den 13. Februar... Abend: Kartelldelegierte! Sonnabend den 13. Februar...

Breslau, Falke 1. Jgd. - Stern 1. Jgd. 2:1 (1:0)... Breslau, Falke 1. Jgd. - Stern 1. Jgd. 2:1 (1:0).

„Eiche“ Münsterberg - Falke Neulitz 1:4 0:1... „Eiche“ Münsterberg - Falke Neulitz 1:4 0:1.

S. C. Eichenlaub 1910. Mittwoch den 10. Februar... S. C. Eichenlaub 1910. Mittwoch den 10. Februar...

Arbeiter-Sport... Arbeiter-Sport...

Arbeiter-Sport... Arbeiter-Sport...

Bergarbeiter-Jahresversammlung, Oberhavel

Die unterzeichnete Bezirksleitung beruft hiermit... Die unterzeichnete Bezirksleitung beruft hiermit...

- 1. Wirtschaftliche, Unternehmertum und Gewerkschaften... 1. Wirtschaftliche, Unternehmertum und Gewerkschaften...

Die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands... Die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands...

Verantwortlich für den gesamten Text: Anton Jada... Verantwortlich für den gesamten Text: Anton Jada...

Versammlungskalender

Bezirk Schlesien

Parteiveranstaltungen... Parteiveranstaltungen...

Roter Frontkämpfer-Bund

Alle Abteilungsleiter treffen sich Dienstag... Alle Abteilungsleiter treffen sich Dienstag...

Schauspielhaus Operettenbühne... Schauspielhaus Operettenbühne...

Liebig Theater Internat. Variete... Liebig Theater Internat. Variete...

Stadt-Theater... Stadt-Theater...

Lobetheater... Lobetheater...

Challatheater... Challatheater...

Billiger Fleisch-Verkauf... Billiger Fleisch-Verkauf...

Deutscher Baugewerksbund... Deutscher Baugewerksbund...

To Rhama das größte Käsel... To Rhama das größte Käsel...

Bunzlau Verein der Freidenker... Bunzlau Verein der Freidenker...

Jacobowitz... Jacobowitz...

Adolf Weiß Fleischerei und Wurst-Fabrik... Adolf Weiß Fleischerei und Wurst-Fabrik...

General-Versammlung... General-Versammlung...

General-Versammlung... General-Versammlung...

General-Versammlung... General-Versammlung...

Viktor Deutsch... Viktor Deutsch...

Selma Udo & Co. Seiden- und Baumwollwaren... Selma Udo & Co. Seiden- und Baumwollwaren...

Führer durch die Geschäftswelt zur Waldenburg u. Umgegend.

Ober-Salzbrunn

Oskar Reigber
Schiffwaren
Arbeiter-Bekleidung
Bad Salzbrunn

Wilhelm Walter
Bäckerei
Fürstensteiner Straße 32

Julius Just
Kolonialwaren
Fürstensteiner Straße 16

Alfred Berger
Fleisch- und Wurst-Geschäft
Bad Salzbrunn

Blumenau

Lebensmittel und Tabakwaren
J. Hornig
Ober-Tannhausen Nr. 5

Gottard Giller
Blumenau 19
Lebensmittel - Tabakwaren
Spirituosen

Anna Thiesch
Obst - Gemüse - Vorkostwaren
Blumenau 27.

Waldenburg

Ernst Hade
Schuhmachermeister
Gottesberger Straße 1, II. Etage
Billigste Bezugsquelle in
Schuwaren aller Art
Kein Laden, kein Laden.

Rohfleischerei
Franz Häusler
Mühlenstr. 24 :: Tel. 654

Landeshut

Schuhwarenhaus
PAUL WIESNER
Wilhelmstraße 5
Spezialität: Arbeitsschuhe

H. Rosenstein
am Niedertor

Likörfabrik
Zigarren - Spezialgeschäft

Adolf Schwarzer
Breitenau
Bäckerei :: Kolonialwaren
Zigarren - Zigaretten

Glas, Porzellan und Steingut
L. Gutmann's Nachf.

Fritz Hanke, Süßwaren
Bismarckstr. 2

Giegrfried Barasch
Kirchstraße
Damen- u. Herren-Konfektion
Säuge, Hüte, Mützen
Schnittwaren

Rohfleischerei Hermann Franz
Fleisch- und Wurstwaren

Willy Granz, Friseurgeschäft
Schiffhausstr. 32

Hermann Aberle
Kolonialwaren
Zigarren, Zigaretten

Alfred Blaschke
Schiffhausstraße 31
Lebensmittel, Kurz-, Porzellan-
waren - Rauchwaren

Weißstein

Ernst Giersch
Möbel, Bettfedern
Arbeiter-Bekleidung
und Schuhwaren
Weißstein, Mittelstr. 4

R. Thiel Nachf. E. Michaelis
Arbeiterbekleidung
Hut- und Mützenlager
Spezialgeschäft
für Naturheilpräparate
Hauptstraße 63

Ernst Lante, Weißstein
Reste und Porzellan
Porzellan u. Topfwaren

Freiburg

Conrad Werner
Fleischerei und Wurst-Fabrik
Frühstückstube
Kirchstraße 16

Richard Bueckert
Bäckerei
Konditorei und Bestellschäft
Striegauer Straße 10

Carl Müller
Neumarkt 11, Bahnhofstraße 18
Kaffee-Rösterei mit elektrischem Betrieb
Lebensmittel, Spirituosen
Weine und Tabakwaren

H. Giersch
Arbeiter-Bekleidung und Schuhwaren
Kramtagasse 10

Artur Scherbarth
Bäckerei u. Konditorei
Landeshuter Straße 45.

Kauhaus
R. Hanke
Weißstein

W. Schwelzer & Sohn
Spezialhaus
für Schuhwaren, Leder und
Bedarfsartikel
Weißstein und Bad Salzbrunn

Ernst Schubert
Kolonialwaren
Dellkateffen

Erich Dresel
Landeshuter Straße 13
Manufakturwaren
Damen-, Herren-,
Kinderkonfektion

Gustav Kothe
Fleischerei und Wurstgeschäft
Burgstraße 4.

Ernst Steiner, Burgstraße 8
Schuhwaren
in bekannter Güte zu billigen Preisen
Reiz- u. Reparaturwerkstatt.

Kolonialwaren
E. Seidel
Sandstraße Nr. 2

Owald Bräuer
Landeshuter Straße 55
Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Brix, Waldenburger Str. 32
Lebensmittel - Tabakwaren - Spirituosen

Jauer

Geschäftshaus größten Stils
für Modewaren, Ausstattungen
Herren-, Damen-, Kinderkonfektion

M. Sittenfeld, Jauer
Billigste, feste Preise

Max Berger
Blücherstraße 24
Buchdruckerei
u. Papierhandlung

Alois Zimmermann
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Spezialität:
Echt Hansbrot

Wilhelm Brühl
Kirchstraße 3

B. Landmann
Likörfabrik
Wein-Großhandlung
Zigarren - Import

Schokoladen, Konfitüren
Süßigkeiten kaufen Sie gut
und preiswert bei Frau
Margarete Neumann
vormals Billi Neumann, Ring 34

Emil Bruchmann
Vorkost-
Obst- und Gemüsehandlung

Karl Kabner, Altjauerstr.
Kolonialwaren
Zigarren, Zigaretten, Tabake

Fritz Knoll
Fahrräder - Nähmaschinen
Ersatzteile, Reparaturen
Gneisenastr. 3c

A. S. Lindner
Bäckerei
Neumarkt 12

Schweidnitz

Maxia Gröber
Alle Schreibwaren, Feinwaren für
Schule, Büro, Haus und Geschäft, Über-
leben über Art, Sammel-Abbildungen,
Kupferstiche u. Druckarbeiten aller Art, Ver-
vielfältigungs-Apparate, Zigarrenstücken etc.
Warme und Reparatur-Werkstätten
Burgstr. 15/16 neben Café-Restaurant

Geleitbrot zu haben bei
Willy Berger
Bismarckstr. Langstraße 2

Lebensmittelhandlung
A. Nährlich, Breslauer Str. 34.

Niesel's Altwaren-Geschäft
Böttnerstraße 22.

Rohfleischerei
Alfred Klapper, Schweidnitz
Böttnerstr. 4, Telefon 574.

Fritz Wenzel's
Fleischerei und Frühstückstube
Böttnerstr. 12

Reserviert

C. Leopold, Langstr. 8
Fleischerei und Wurstfabrik
Frühstückstube

H. Hielscher Nachf.
Kolonialwaren
Hohstraße 1

Polsnitz

Oskar Hensel
Polsnitz 17
Fleischerei u. Wurstgeschäft

Wüstegiersdorf

Adolf Blümel
Gemischtwaren
Wüstegiersdorf 148

Altwasser

Kronen-Lichtspiele
Altwasser
Jede Woche neues Programm

Joseph Bienias
Kolonialwaren
Tabakwaren

Max Stein
Kolonialwaren
Vorkostgeschäft

Hugo Müller
Eigene Brau
Billigste Bezugsquelle für Kolonial-
und Schnittwaren

Nieder-Hornsdorf

Emil Bunzel
Kolonialwaren
Spirituosen

Resthaus E. Hornich
Bettfedern
Woll- und Wollwaren

Dittersbach

Wilhelm Langer
Hauptstraße 28
Fleischerei und Wurstgeschäft

Richard Simon
Hauptstraße 208
Fleisch- und Wurstwaren

Striegau

Josef Müller
Bahnhofswirtschaft Striegau-
Stadt und Gräben Nr. 35
Zigarren / Zigaretten / Tabake

Bolkenhain

Hermann Brückner
Zigarren-Fabrik
Niederlauben

Otto Müller
Fleischerei u. Wurstgeschäft
Ring 9.

Gottesberg

Zigarren, Tabak, Zigaretten
kaufen Sie gut und billig bei
Franz Leonhardt, Gottesberg
Fürstentauer Straße 38

Eduard Richter & Sohn
Kolonialwaren, Tabakwaren, Spirituosen
Fürstentauerstraße 14

Rohfleischerei
Karl Martin, Felthammer
Gottesberg, Fürstentauerstr. 33
Ober-Waldenburg, Kirchstr. 19

Mois Kreijel
Niederstraße 13
Kurz-, Woll- u. Schnittwaren
empfiehlt sich
als billigste Bezugsquelle

Fleisch- und Wurstwaren
Paul Hoffmann
Grüssauer Straße 47

Du schonest der Bewegung
wenn Du einen
Geschäftsmann unterstützt,
der nicht in

Deiner Zeitung
inseriert!

Schlesische Zigarrenfabriken G. m. b. H.

Kaufen Sie Zigarren, Zigaretten, Tabake

in unseren Filialen:

Waldenburg, Ring 12 - & Ebersberg, Waldenburger Straße 31
Gottesberg, Alte Bahnhofstr. 4 - & Schweidnitz, Langstraße 20